

Metallarbeiter-Zeitung

Organ für die Interessen der Metallarbeiter

Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter

ersch. wöchentlich am Samstag.
Abonnementspreis pro Quartal 1 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Schurm.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Altestr. 16a part.
Telephonruf: Nr. 8898.

Insertionsgebühr pro sechsgepaßte Kolonnetze:
Arbeitsvermittlung 1 Mark, Privatanzeigen 2 Mark.
Geschäftsinsertate finden keine Aufnahme.

In einer Aufl. von **383800** Exemplaren
erscheint diese Ztg.

Gewerkschaftsbewegung und Demokratie.

In den Sozialistischen Monatsheften Nr. 2 veröffentlicht Genosse Edward Bernstein einen Artikel über „Gewerkschaftsdemokratie“, der in Anbetracht unseres Mannheimer Konflikt für uns Metallarbeiter von ganz besonderem Interesse ist. Bernstein schreibt: „Jede Arbeiterbewegung liegt die Demokratie sozusagen im Blut, sie ist das wesentlichste ihrer Lebensorgane. Wo Arbeitervereinigungen ihre Angelegenheiten nicht demokratisch regeln, ist nur das Zerbröckeln einer Arbeiterbewegung möglich. Aber die Demokratie ist ein Prinzip und keine fertige Formel. Sie läßt verschiedene Anwendungen zu. Diese Anwendungen wechseln mit der Größe, den Lebensbedingungen und den Bewegungsumständen der in Frage kommenden Körperschaften. Eine 100 Personen und eine 100000 Personen umfassende Verbindung können nicht in der gleichen Weise ihre Angelegenheiten demokratisch regeln, die Demokratie vertritt wohnender Bauern steht anders aus als die Demokratie der Bewohner ein und derselben Stadt, die Demokratie im Frieden anders als die kriegsführende Demokratie. Das sind grobe, auf den ersten Blick sich offenbarende Unterschiede. Innerhalb der einzelnen Körperschaften oder Verbindungen aber gibt es wiederum eine Reihe feinerer Unterschiede oder Abtönungen in der Durchführung der Demokratie, die sich im Laufe der Zeit mit der Entwicklung der Größe und Umfänge jener Körper einstellen. Zum Teil sind sie durch deren Zwecke und Lebensbedingungen vorgeschriebene Notwendigkeiten, zum Teil aber auch nur Auswüchse und Spielarten, bei deren Bildung Trägheit oder Regsamkeit, geistige und moralische Eigenschaften der Massen und Beamten als formbildende oder formzulassende Faktoren ihre Rolle spielen. Das im ersten Sinne Notwendige von dem Zufälligen oder Auswüchse zu trennen, ist als Praxis Aufgabe des demokratischen Politikers, wie die Untersuchung oder Ermittlung der Regeln dieses Verhaltens dem Theoretiker der Demokratie anheimfällt.“

Nach einem Hinweis auf seinen Artikel: „Die Demokratie in der Sozialdemokratie“ in den Sozialistischen Monatsheften von 1908, Seite 1106, gibt Bernstein eine gedrängte Darstellung des Mannheimer Konflikts und fährt dann fort:

... Soweit der bisherige formale Verlauf der Angelegenheit. Auf die materielle Seite des Streits einzutreten, würde hier zu weit führen, sie kann auch von Fernstehenden kaum zutreffend beurteilt werden. Daß die Zeitung der Streikwerke substantielle Zugeständnisse gemacht hat, haben auch die Streikenden nicht bestritten. Sie und die zu ihnen stehenden Arbeiter von Mannheim-Ludwigshafen bestreiten nur, daß sie das äußerste darstellen, was bei energischem Widerstand zu erzielen war, und meinen ferner, man hätte es auf die angebotene Aussperrung antommen lassen müssen. Solcher Drohung nachgeben hieße den Unternehmern eine Waffe in die Hand drücken, mit der sie jede Lohnforderung zunichte machen könnten. Einwände über die sich reden läßt, die aber für die Rechtsfrage unerheblich sind. Daß mehr zu erreichen war, ist eine Annahme, die sich weder absolut beweisen noch absolut widerlegen läßt, der Schlupf aber zieht eine Folgerung, für die ein Einzelfall als Beweis überhaupt nicht genügt, sondern die nur auf Grund einer dauernd eingehaltenen Politik gezogen werden könnte. Unter bestimmten Umständen ein Ultimatum beachten, sagt noch nicht, daß man dies immer tun wird. Wer seine Maßnahmen gemäß der Situation einrichtet, beweist noch nicht, daß er sich durch leere Drohungen einschüchtern läßt. Nun kann es gewiß passieren, daß Führer eine Situation falsch einschätzen. Sie sind Menschen und als solche Irrtümern unterworfen. Daß aber auch die beteiligte Klasse eine Situation gründlich verkennen und über ihre Möglichkeiten den verhängnisvollsten Irrtümern zum Opfer fallen kann, hat der unglückliche Ausgang verschiedener Lohnkämpfe der letzten Jahre bewiesen, die von der Masse gegen den Rat der Führer beschlossen wurden, und von denen der so fatal verlaufene Berliner Maurerstreik von 1907 ein typisches Beispiel darstellt.

Aber irgendetwas muß in solchen Fällen die letzte Entscheidung liegen, und die Frage ist daher, bei wem sie liegen soll. Demjenigen, der die Demokratie rein formalistisch auffaßt, wird die Antwort leicht. Sie lautet für ihn: Selbstverständlich bei der Masse. Inwiefern, welche Masse soll das sein? Die Masse der direkt Interessierten oder die Masse der Mitglieder der ganzen Organisation. Sagt man: die Masse der direkt Interessierten, so verkündet man statt der Demokratie die Anarchie; das wäre nur bei Auflösung der Organisation in lauter autonome Gruppen folgerichtig durchführbar. Beim heutigen Stand der Industrie werden die Unternehmer im Ernstfall stets die ganze Verbindung, mag sie föderalistisch oder zentralistisch aufgebaut sein, für das Verhalten der einzelnen Sektion verantwortlich machen. Die Solidarität der Arbeiter läßt sich nicht lediglich nach einer Seite hin konstituieren. Ist sie für die Arbeiter unter sich eine Realität, so wird sie es auch für die Arbeiter in ihrem Verhältnis zu den Unternehmern. Hier besteht ein organischer Zusammenhang, der sich nicht mit Redensarten aus der Wirklichkeit weghetzen läßt. Ja, selbst die unbedingte Autonomie der Anarchisten könnte daran nichts ändern. Sie würde, wenn nach dem Buchstaben verstanden, das heißt wenn die Gruppen, ohne sich vorher miteinander verständigt zu haben, einzeln vorgehen, zur Verzechtung der Kräfte und damit schließlich zur Lähmung der Aktionskraft der Arbeiter führen. Sobald aber die freien Gruppen nach gemeinsamem Plan handeln, bleibt auch die Festbarmachung der einen für die anderen nicht aus und dann aber absolute Autonomie. Sie ist im

Zeitalter der Großindustrie und der Unternehmerverbindungen eine Illusion.

Angeht es die zunehmenden aktiven und passiven Solidarität der Arbeiter wäre es viel richtiger, die letzte Entscheidung stets der Gesamtheit der Organisierten zu übertragen. Hiergegen lehnt sich jedoch in Kampfsituation das praktische Bedürfnis auf. Je größer die Organisation, um so schwerfälliger der Apparat der Urabstimmung; auch ist es oft unmöglich und taktisch unrichtig, eine britische Situation so genau zu beschreiben, wie es notwendig wäre, damit der entfernt Wohnende sachkundig entscheiden soll, ganz abgesehen davon, daß bis eine solche Abstimmung erfolgt ist, sich die Situation schon wieder geändert haben kann. Eine langjährige und teuer erkaufte praktische Erfahrung hat vielmehr zu der Erkenntnis geführt, daß sich im Gewerkschaftskampf die Demokratie oft gar nicht anders verwirklichen läßt als durch Übertragung der Vollmachten. Bei der Aufstellung oder Veränderung von Statuten, bei der Niederlegung von allgemeinen Richtlinien und ähnlichen Fragen ist die Urabstimmung sicher am Platze, sie wird auch oft vor Einleitung einer großen allgemeinen Aktion nützlich sein, aber sie hat sich wiederholt als zweifelhaftes Mittel erwiesen, wo die Beendigung einer Aktion in Frage kam. Denn um hier den rechten Moment zu wählen, dazu gehört ein Überblick, den von den einzelnen aus der Masse stets nur wenige haben, während die Mehrheit momentanen Eindrücken und Gefühlserregungen folgt. Ein begrenzter Körper von Beamten und Vertrauensleuten, die in geschlossener Sitzung beraten, wo sie der Einwirkung gefärbter Presseberichte entzogen sind und wo jeder sprechen kann, ohne die Kolportierung seiner Äußerung ins Lager des Gegners befürchten zu müssen, hat als Kollegium die Wahrscheinlichkeit eines objektiven Urteils für sich. Temperamentunterschiede und sonstige Verschiedenheiten der Anlage gleichen sich hier aus, während das Verantwortlichkeitsgefühl sich nicht in dem Maße zersplittert, wie bei der Überweisung der Entscheidung an einen vielköpfigen Körper.

Man wird einwenden, daß das Verantwortlichkeitsgefühl der Beamten leicht durch ein gewisses „Ruhebedürfnis“, durch Rücksichten auf die Gewerkschaftskasse und dergleichen sehr leicht verneigt oder getrübt wird, und daß in Einzelfällen so etwas vorkommt, wird kein Kenner der Dinge bestritten. Aber so wenig in der großen Mehrheit der Fälle der Gewerkschaftsbeamte der ewig zum Streik gehende „Aufwiegler“ ist, als den ihn die Scharfmachepresse der Unternehmer malt, so wenig trifft auf die große Mehrheit das Bild des auf dem Geldsack sitzenden und seinen Bauch freudig den ewigen „Abwiegler“ zu. Es ist beiderseitige Schuld, wenn zwischen Beamten und Masse die Fühlung verloren geht.

Der Streit zwischen den Mannheimer Metallarbeitern und dem Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes hat ein charakteristisches Gegenstück in einem Konflikt, der im vorigen Jahre in der Organisation der englischen Maschinenbauer gespielt hat und damals in England großes Aufsehen machte. Und er ist in der Tat der Beleuchtung wert.

Der Ausgangspunkt dieses Konflikts war der gleiche wie in Mannheim: die Ankündigung einer Lohnherabsetzung. Sie ging — im November 1907 — aus von dem Unternehmerverband der Schiffs- und Maschinenbaugewerbe der Nordostküste Englands und sollte alle dort beschäftigten Arbeiter treffen. Die Stücklohnsätze sollten um 5 Prozent, die Zeitlohne, je nach der Lohnhöhe, um 1 bis 2 Schilling pro Woche herabgesetzt werden. Einige der beteiligten Gewerkschaften, die mit den Unternehmern Schlichtungsverträge haben, erlangten im Einigungsverfahren die Ermäßigung der Lohnherabsetzungen auf die Hälfte, und unmittelbar darauf einigten sich auch die meisten übrigen Gewerkschaften, deren Mitglieder in Betracht kamen, auf diese Bedingungen, denen noch die verbindende Zusicherung angefügt war, daß innerhalb 6 Monaten nach Inkrafttreten der Reduktion keine weiteren Reduktionen stattfinden, und etwaige spätere Lohnherabsetzungen 2 Monate vor Inkrafttreten angekündigt werden sollten. Nur drei Gewerkschaften, der große Verband der Maschinenbauer und zwei sehr viel kleinere, aber ältere Organisationen von Maschinenbauern, der Gewerkschaft der Dampfmaschinenbauer und der Verein der Maschinenbauarbeiter, lehnten die Bedingungen ab, nachdem die Urabstimmung unter ihren Mitgliedern im Distrikt 6140 Stimmen für Bewerfung und nur 1907 Stimmen für Annahme ergeben hatte. Am 20. Februar 1908 traten ihre Mitglieder aus, in kurzer Zeit stieg die Zahl der Ausständigen auf 7000, und noch einige Tausend Arbeiter wurden durch den Ausstand ohne oder wider den eigenen Willen arbeitslos. Da er noch weitere Arbeiterkategorien in Mitleidenschaft zu ziehen drohte, griff der Minister für Handel und Gewerbe, Lloyd George, ein, neue Verhandlungen fanden statt, und die Gewerkschaftsvertreter erwirkten von den Unternehmern das Zugeständnis, daß bis Ostern 1908 die alten Löhne fortbezahlt werden sollten, während die Frage, ob von da an die verminderte Lohnherabsetzung um 1 Schilling pro Woche respektive 2 1/2 Prozent der Arbeitslohn gerechtfertigt sei, einem zu wählenden Unparteiischen unterbreitet werden sollte, dem jede der beiden Parteien die für ihre Auffassung sprechenden Gründe frei darzulegen hätte.

Die Gewerkschaftsvertreter empfahlen ihren Mitgliedern die Annahme dieses Kompromißvorschlags. Aber nur bei den Dampfmaschinenbauern fand er eine Mehrheit. Die Maschinenbauarbeiter verwarfen ihn mit 882 gegen 348, die abstimmenen Mitglieder des Maschinenbauer-Verbandes mit 5493 gegen 2099 Stimmen. Niemand hatte das erwartet, und da es schien, daß der Sinn des Kompromißvorschlags mißverstanden worden sei, erwirkte Lloyd George im Einverständnis mit den Gewerkschaftsführern von den Unternehmern die Verlängerung der Frist zum Zweck einer erneuten Abstimmung. Auf neue empfohlen die Führer den Mitgliedern die Annahme des Kompromisses. George Barnes, der bewährte Generalsekretär des Verbandes der Maschinenbauer, bereiste den Distrikt und legte den Mitgliedern an den Hauptorten eindringlich die Gründe dar, die für die Annahme sprachen. Aber von „guten Freunden“ wurden die

Arbeiter unter Verdächtigung ihrer Führer aufgeschreckt, nicht nachzugeben, ein Flugblatt ward verbreitet, das sie „zum äußersten Widerstand“ aufrief, und das Resultat war, daß von den Mitgliedern des Verbandes der Maschinenbauer mit 4858 gegen 8898 Stimmen wiederum der Kompromiß abgelehnt wurde. Der Minister gab nun bis auf weiteres die Vermittlung als aussichtslos auf und der Streik spielte weiter.

Aber noch ein anderes geschah. George Barnes trat von seinem Posten als Generalsekretär des Maschinenbauer-Verbandes zurück. Niemand hatte ihn dazu aufgefordert, niemand es erwartet. Der Posten ist einer der besten in der ganzen englischen Gewerkschaftswelt. Ein Jahresgehalt von 6000 £ nach deutschem Gelde und eine schöne Amtswohnung im Zentralgebäude der Gewerkschaft sind dem Sekretär ausgesetzt, abgesehen von dem hohen moralischen Ansehen, welches das Amt verleiht. Aus einer solchen Stellung zu scheiden, nachdem er sie seit elf Jahren innegehabt, ist keine Kleinigkeit, und auch Barnes ist der Schritt nicht leicht geworden. Aber er hielt es für unumgänglich notwendig, den Arbeitern einmal einbräutvoll klarzumachen, was es bedeutet, unter solchen Umständen den Rat selbstgewählter Führer mit Füßen zu treten. Und als von allen Seiten Briefe einliefen, in denen er bekräftigt wurde, sich zur Wiederwahl bereit zu erklären, wies er das Ansuchen charaktervoll mit der Bemerkung zurück, daß dies den Sinn seines Schrittes selbst annullieren hieße. Welches aber dieser Sinn ist, das hat er in einer Erklärung an den Gesamtverband bekannt gegeben, die als ein bedeutungsvolles Dokument in der Geschichte der Gewerkschaftsbewegung betrachtet zu werden verdient. Nach Aufzählung der im vorhergehenden geschilderten Vorgänge heißt es dort:

„Zunächst erlaube ich mir die Meinung auszusprechen, daß die Arbeiter der Nordostküste bei ihrer Abstimmung nicht so sehr die Natur der ihnen unterbreiteten Vorschläge als Nebenfragen im Auge hatten, die in die Diskussion hineingetragen worden waren. Sie wurden von der Idee beherrscht, daß sie ihr Schicksal selbst in die Hand nehmen müßten, um eine ihnen oft vordemamterte törichte Lebensart zu wiederholen. Ihr Urteil war durch Behauptungen beeinflusst, daß ich aus irgend welchen nicht näher angegebenen Gründen verleitet worden sei, mich auf die Seite der Unternehmer zu stellen, und so stimmten sie hauptsächlich in einer Laune von Eitelkeit, den man unter ihnen geschätzt hatte. Tatsächlich war ihr Vertreter hingezogen worden und von Anfang bis zu Ende bei allen Verhandlungen am Platze. Eine größere Vertretung der Küste war gleich zu Anfang für unpraktisch befunden worden, die Gründe dafür sind damals auseinandergesetzt worden, außerdem wurde, sobald sich die erste Gelegenheit bot, allen Komitees Bericht gegeben. Ferner wurden so früh als nur möglich die Vertrauensmänner der Arbeiter eingeladen und ihnen Aufklärung über alles gegeben. Kurz, alles ist offen und so weit als möglich unter Mitwirkung von Ortsvertretern geschehen. Trotzdem sind die Vorgänge der Mitglieder im Distrikt in einer Atmosphäre von Mißtrauen und Verdächtigungen dargestellt, mit dem Resultat, daß örtliches Vorurteil die Entscheidung dafür abgegeben soll, daß die Mitgliedschaft der Nordostküste zu ihrem eigenen Schaden in eure Taschen greift. Das ist ein so absolut verkehrter Zustand der Dinge, daß ich es ablehne, dabei mitzumachen. Die Gesamtmitgliedschaft zählt, und die Gesamtmitgliedschaft soll daher, meine ich, auch die Lokart bestimmen. Jedenfalls bin ich von der Gesamtheit der Mitglieder gewählt worden: ich halte mich ihr gegenüber für verantwortlich und lehne es ab, dabei mitzumachen, wenn ein Teil des Verbandes mehr ins Gewicht fallen soll als der Gesamtverband. Für mich steht es fest, daß wenn auf Gewerkschaftsbeamte ohne jeden wichtigen Grund oder Anlaß gepöbeln wird — und dies gilt für Ortsbeamte ebenso wie für Zentralbeamten — die Wirkungskraft der Gewerkschaften als Sachwalter der Arbeiterinteressen geschwächt und das kollektive Unterbandeln untergeben wird. Fern sei es von mir, Kritik zurückzuweisen, ich habe sie stets ermutigt, aber sie soll ehrlich und gerecht sein. Mögen die Mitglieder, wenn sie wollen, jemand nicht wiederwählen, aber wenn die Wahl erfolgt ist, dann müssen die Beamten, meine ich, auch gemäß ihrer Stellung behandelt werden. Sonst dürften die Unternehmer und andere mit Recht es ablehnen, mit ihnen zu verhandeln oder sie als Vertreter anzuerkennen. Außerdem müssen die Mitglieder sich ernstlich die Frage vorlegen, ob es einem Teil des Verbandes gestattet sein darf, ohne Fessel und gegen die Wünsche und den Rat der Vertreter des Gesamtvereins nach Belieben Riesensummen aus der Kasse des Verbandes zu ziehen. Was mich betrifft, so bin ich der Ansicht, daß Stein und Bein hätten in Bewegung gesetzt werden müssen, der Empfehlung (der Zentralkommission des Verbandes) Wirkungskraft zu geben. Ich nehme natürlich an, daß die Empfehlung durch die Lage der Dinge gerechtfertigt war, und der fetterge Verlaufs und andere Umstände befürchten mich darin. Ich sollte vielleicht noch sagen — wie ich es die ganze Zeit über jedem erklärt habe —, daß die Arbeiter der Nordostküste reichlichen Grund zur Beschwerde gegen die Unternehmer haben. Sie haben nicht in gebührendem Maße an der letzten Prosperität Anteil gehabt: man hat sie, als die Geschäfte gut gingen, bemogen, still zu halten, und man hat sie durch Angaben dazu bewogen, die sich jetzt deutlich als unrichtig herausstellen. Aber alles das würde (vor dem Unparteiischen) für sie geltend gemacht worden sein, und tatsächlich war schon das nötige dazu vorbereitet, es geltend zu machen. Das Schiedsverfahren bot die Möglichkeit, den Tatsachen des Konflikts auf den Grund zu gehen. Sie (die Arbeiter) haben diesen Weg der Beilegung verworfen und beschlossen, es auf eine Kraftprobe ankommen zu lassen. Das heißt, sie haben beschlossen, ohne eure Sanktion eure Kraft einzusetzen und, nach meiner Meinung, zu verpaltern.“

Soweit Barnes. Der Satz, in dem er davon spricht, daß nach seiner Ansicht Stein und Bein hätten in Bewegung gesetzt werden müssen, um den Empfehlungen des Verbandsvorstandes Wirkksamkeit zu geben, spielt auf einen Gegensatz an, der sich zuletzt zwischen ihm und seinen Kollegen im Vorstand des Maschinenbauerverbandes einstellte. In der Beurteilung der Sachlage selbst einig, war man darüber in Streit geraten, ob es nun bei der Situation, die durch die Abstimmung der Mitgliedschaft der Nordostküste geschaffen war, verbleiben solle oder nicht. Barnes vertrat die Ansicht, daß unversüßlich an den Gesamtverein appelliert und die Abstimmung der Mitglieder über die Beilegung eines Falles im Verbandsrat ein-

geholt werden müsse, dessen Verlauf es dem Verband überlassen bleibt, nach erfolgter Urabstimmung eines Schlichters über einen dem Teilnehmenden Lohner u. s. w. Konflikt sich nach eigenem Ermessen zu verhalten.

Warum aber er und seine Kollegen oder die beteiligten Arbeiter das Nichtige gelassen? Der Ausgang des Kampfes gibt die Antwort darauf. Nachdem die betreffenden Maschinenbauer ziemlich sechs Monate resolutlos gestreikt hatten, vorerst in der zweiten Hälfte des Augusts 1908 den Verbandsvorstand respektlos die drei Verbandsvorstände, von neuem mit den Unternehmern in Verhandlung zu treten, und Mitte September akzeptierten sie dann, mit 4800 gegen 3769 Stimmen, das Ergebnis dieser Verhandlungen, das ihnen auch nicht die Spur mehr brachte, als ihnen durch das erste Kompromiß zugesichert worden war.

Das Prinzip der Demokratie verlangt nicht, daß in allen Fällen die Masse entscheidet, es verlangt nur, daß die Masse die Verteilung der Vollmachten bestimmt.

Gesundheitsgefahren für Metallarbeiter.

In bedauerlicher Häufigkeit kommen die Bleivergiftungen immer wieder vor trotz aller Arbeiterschutzes und unserer so viel gerühmten „Sozialreform“. So sind im Doppelner Kupfertschiefer 60 Fälle von Bleierkrankungen gegen 48 im Jahre 1906 vorgekommen.

Was ist die Ursache davon? In der schlechten Ableitung der Bleifugase zu suchen, die durch Staubfilter geleitet werden und wobei ein großer Teil davon in den Zinkbleihüttenraum drang. Dieser Umstand soll durch die Filter beseitigt werden, die die Filter gänzlich ausgeschaltet und die Ofen mit den gebräuchlichen, das Dach durchdringenden Abgasen für die Bleifugase ausgestattet werden.

Das Prinzip der Demokratie verlangt nicht, daß in allen Fällen die Masse entscheidet, es verlangt nur, daß die Masse die Verteilung der Vollmachten bestimmt.

Da der Duffeler Waggonfabrik auch eine ähnliche Untersuchung, daß mehrere Arbeiter erkrankt sind. Nach ihrer Wiederherstellung wurden diese Arbeiter auf Beschäftigung bei einem anderen Fabrikanten übertragen, bei dem sie mit derartigen Stoffen in Verbindung kommen konnten, fernerhin. Auch in der Waggonfabrik in der Stadt Frankfurt a. O. wurden bei einer Gesundheitsuntersuchung auf Beschäftigung des Bleierkrankten, von dem Arbeiter als Metallarbeiter bezeichnet, die Untersuchung und Befragung.

Es waren aber auch 14 Schichtungen mit 148 Bleierkrankungen als gesundheitlicher Schaden bezeichnet, so daß das Ergebnis ungefährlich ist. In den 4 Schichtungen des Bleierkrankten sind 20 Bleierkrankungen und nur ein gesundheitlicher Fall mit 10 Bleierkrankungen registriert worden.

Unter den Sittensorganen sind am stärksten die Erkrankungen der Atmungsorgane, Luftwege, des Magens und Darmes verbreitet. In einem großen Eisenhüttenwerk mit mehr als 5000 Arbeitern erkrankten in den verschiedenen Abteilungen 142 bis 180 von je 1000 an den Atmungsorganen mit einer durchschnittlichen Krankheitsdauer von 11 bis 17 1/2 Tagen.

Eine nicht klare Erscheinung ist die Berufskrankheit der Nidelflechte. Der hiesiger Aufsichtsbearbeiter berichtet: In zwei Fabriken, in denen zur Vermeidung von Fahrradspicchen auf elektrolitischen Wege Nickelammoniumsulfatlösung zur Verwendung kommt, wurde das Auftreten der Nidelflechte beobachtet.

Das Prinzip der Demokratie verlangt nicht, daß in allen Fällen die Masse entscheidet, es verlangt nur, daß die Masse die Verteilung der Vollmachten bestimmt.

Das Prinzip der Demokratie verlangt nicht, daß in allen Fällen die Masse entscheidet, es verlangt nur, daß die Masse die Verteilung der Vollmachten bestimmt.

Das Prinzip der Demokratie verlangt nicht, daß in allen Fällen die Masse entscheidet, es verlangt nur, daß die Masse die Verteilung der Vollmachten bestimmt.

Das Kalkulationswesen im Fabrikbetrieb.

Ein Scherzwort der industriellen Betriebswissenschaft ist das Kalkulationswesen. In jeder Fachzeitschrift liest man regelmäßig die Frage wieder, daß der Unternehmer viel zu wenig den Kalkulationswesen seiner Fabrik auf Grund von sachgemäßen Kalkulationsrechnungen bedacht.

und Kalkulation reguliert, zu dem jeder Arbeiter sein nachfolgendes Material zu erhalten hat. Erst die Kalkulation gibt ihm den Anhalt, ob er übermäßig ist, oder ob er durch die Organisation oder sonstige sachverständige Schritte nicht auf den Höhe ist.

Die Kalkulation setzt sich zusammen aus 3 Teilen: 1. den Materialkosten, 2. den direkten Arbeitslöhnen, 3. den Unkosten. Die Kosten für Material (bei Maschinen zum Beispiel für den Stahl, Stahl etc.) lassen sich ohne weiteres aus den Rechnungen ersehen. Indirekten Arbeitslöhnen versteht der Fabrikant die Lohn- und Materialsumme, die unmittelbar an der Arbeitsstätte bezahlt werden. Auch diese ergeben sich ohne weiteres aus den Lohnlisten. Besonders Schwierigkeiten aber hat die Feststellung der Unkosten, die sich aus den Ausgaben für Miete, Maschinen, Beleuchtung, Kraft, Verwaltung etc. zusammensetzen. Hier kommt es darauf an, für jedes Fabrikat die richtigen Unkosten zu den festgesetzten Materialpreisen und direkten Löhnen zuzuschlagen. Deshalb bildet auch in allen Kalkulationsfragen den Kernpunkt der Untersuchungen die richtige Verteilung der Unkosten.

Table with 2 columns: Item and Price. 100 Eisengefelle: 4,50 M; Lohn: 6,-; 150 Prozent Unkosten: 8,-.

Wenden wir uns nun der Frage zu, in welchem Maße die Kalkulationsabteilung organisiert wird. Das gesamte Repertoire der Kalkulationsabteilung gliedert sich in zwei Unterabteilungen, in die Vorkalkulation und in die Nachkalkulation.

Das Prinzip der Demokratie verlangt nicht, daß in allen Fällen die Masse entscheidet, es verlangt nur, daß die Masse die Verteilung der Vollmachten bestimmt.

Das Prinzip der Demokratie verlangt nicht, daß in allen Fällen die Masse entscheidet, es verlangt nur, daß die Masse die Verteilung der Vollmachten bestimmt.

Das Prinzip der Demokratie verlangt nicht, daß in allen Fällen die Masse entscheidet, es verlangt nur, daß die Masse die Verteilung der Vollmachten bestimmt.

Das Prinzip der Demokratie verlangt nicht, daß in allen Fällen die Masse entscheidet, es verlangt nur, daß die Masse die Verteilung der Vollmachten bestimmt.

Wird solche auf den Mitteln der Berufsgenossenschaft möglich ist. Die Statistik beschränkt sich bekanntlich auf die Unfälle, unter welchen näheren Umständen sich die Unfälle ereigneten. Was andere nicht unberücksichtigt, obwohl im Interesse der Unfallversicherung eine Feststellung der Unfallursachen für sämtliche Unfälle von eminenter Bedeutung wäre. Wäre es nicht auch bei der gegenwärtigen Verwaltung der Berufsgenossenschaft auch sein, daß das nicht geschieht. Eine objektive Darstellung des tatsächlichen Zusammenhangs der Unfälle kann ja von den Berufsgenossenschaften des Unternehmern doch nicht erwartet werden. Das erhebt aber die amtliche Statistik keineswegs der Minderwertigkeit, eine objektive Darstellung der Unfallursachen anzubahnen, um für eine systematische Entwicklung der Unfallversicherung Material zu gewinnen. Zu diesen Unfalluntersuchungen müßten natürlich nicht Vertreter der Arbeiter und Gewerkschaftsbeamte hinzugezogen werden.

Von den Unfällen ereigneten sich 6848 an Maschinen aller Art gegen 6149 im Vorjahr. Hiervon sind die Unfälle an Motoren, Transmissionsen oder Arbeitsmaschinen vorgekommen sind, ist nicht ausgeschlossen, weil auch die meisten Opfer forderten jedoch die Arbeitsmaschinen, die fast alle, seien es nun Drehbänke oder Bohrmaschinen, Hobel- oder Fräsmaschinen, Pressen, Balanciers oder Prägewerke, Hammerwerke, Bentstufen, Schmirgelmaschinen, Walzwerke u. s. w. Ihre besonderen Mücken und Lücken gegen die an ihnen tätigen Arbeiter haben. Mehr als ein Drittel aller entsehbaren Unfälle entfällt auf Maschinen. Die feuergefährlichen, heißen und ätzenden Stoffe, glühendes Metall u. s. w. führten 1088 (Vorjahr 1002) Unfälle herbei, durch Zusammenbruch, Einklappen, Herab- und Umfallen von Gegenständen ereigneten sich 1710 (1858) Unfälle, durch Fall von Balken, Treppen, aus Balken, vom Dach, von Stapeln, Maschinen, gestellten und auf ebener Erde wurden 1890 (1800) Personen verletzt. Die Unfälle bei einfachem Auf- und Abladen, Heben und Tragen von Waren und Materialien sind ebenfalls sehr zahlreich, dabei ereigneten sich 2758 (2296) Unfälle; der Fuhrwerksverkehr forderte 525 (508) Opfer, der Eisenbahnverkehr 602 (597); 159 (211) Unfälle wurden durch schlagende und beißende Tiere verursacht, 2003 (2009) durch die Handhabung einfacher Werkzeuge (Hämmer, Messer, Brechstangen, Meißel, Zangen u. s. w.). Dazu kommen schließlich 670 (671), sonstige Unfälle, die in diese Rubriken nicht unterzubringen waren: Verletzungen durch Splinter, Nägel, scharfe Kanten, Scherben, Augenverletzungen durch Staub u. s. w. Die Folgen der Verletzungen bei allen zwölf Berufsgenossenschaften waren in 936 Fällen (Vorjahr 861) Tod, in 186 (177) Fällen völlige dauernde, in 9596 (9165) Fällen teilweise dauernde Erwerbsunfähigkeit; in 7808 (6803) Fällen trat vorübergehende Erwerbsunfähigkeit ein.

Auch diese Zahlen zeigen, daß die Unfallchwere gewachsen ist; die Zahl der Getöteten stieg um 75, die der teilweise dauernd Erwerbsunfähigen um 441, und das, obwohl von den Berufsgenossenschaften alles daran gesetzt wird, speziell diese Zahl zu verringern.

Fluktuation.

Eintritte - Übertritte - Austritte.

Dem aufmerksamen Leser unseres Jahrbuches für 1907 dürfte das Kapitel „Fluktuation“ wenig Freude gemacht haben. Mehr noch als in den letzten drei Jahren zeigt uns das Ergebnis der Mitgliederbewegung unserer Organisation im Jahre 1907, daß die Fluktuation ein wunder Punkt ist, den zu überwinden eine unserer dringlichsten Aufgaben sein muß. Nach der Zusammenstellung im Jahrbuch war die Zu- und Abnahme an Mitgliedern im Jahre 1907 folgende:

Kategorie	Eintritte - Übertritte		Abgänge		Zusammen
	Eintritte	Übertritte	Austritte	Streichung	
Wirkliche	148048	+ 24489	—	—	123537
Zugehörige	3586	+ 3180	—	—	406
Zusammen	151634	+ 27669	78542	56686	133228
		- 540			27129

Es sind also 83,09 Prozent des Zuganges im Jahre 1907 wieder abgegangen und damit ist eine Verschlechterung gegenüber den Vorjahren eingetreten. Soweit in früheren Jahren darüber Aufstellungen gemacht worden sind, ist der Abgang an Mitgliedern von dem in den einzelnen Jahren beigetretene folgende: 1897: 69,92 Prozent, 1898: 70,44, 1899: 64,6, 1900: 77, 1901: 55,58, 1902: 63,58, 1903: 69,97, 1904: 65,4, 1905: 59,34, 1906: 59,79, 1907: 83,09. Daran ergibt sich, daß nur die Jahre 1897, 1899 und 1901 einen größeren Prozentsatz der Austritte aufweisen als das Jahr 1907. Wenn wir aber 1907 mit den drei angeführten Jahren vergleichen wollen, so dürfen wir nicht außer acht lassen, daß die Verhältnisse heute wesentlich günstiger sind gegen damals. Es sei nur auf die große Zahl angefallener Kollegen hinzuweisen, auf die nachstehenden Untersuchungen u. s. w., alle Einrichtungen, die doch im höchsten Grade auf die Festhaltung der Mitglieder in der Organisation wirken müssen. Es muß deshalb gesagt werden, daß 1907 in der Mitgliederbewegung die schlimmsten Ergebnisse aufweist.

Die Sache wird aber noch unangenehmer, wenn man in Betracht zieht, daß der Abgang der Mitglieder älterer Jahrgänge auch 1907 besonders hoch ist als der Abgang der im gleichen Jahre beigetretenen. Das Jahr 1907 weist auch hier die unangenehmsten Zahlen auf. Soweit in den Jahrbüchern darüber Angaben gemacht worden sind, sind jeweils angeführt:

Jahr	von älteren Jahrgängen	von den im gleichen Jahre beigetretenen	Zusammen
1906	37882	31626	31233
1904	40639	32639	36829
1905	47943	40636	60726
1906	59250	52794	75323
1907	76542	56686	27129
Gesamt	262226	214354	233354

Wir sehen hieraus, daß nur in diesen fünf Jahren zusammen nicht einmal so viel Mitglieder abgegangen sind, wie jeweils Mitglieder aus älteren Jahrgängen wieder ausgetreten sind. Auch in den einzelnen Jahren sind es nur die Jahre 1905 und 1906, die günstiger Resultate aufweisen. Deshalb auch die bedauerliche Tatsache, daß der größte Teil unserer Mitglieder nur ein und zwei Jahre der Organisation angehört.

Dies ist, wie bereits erwähnt, ein Zustand, dessen Überwindung ganz besonders eine „Schonung“ unserer Organisation ist. Der einzige Trost dabei mag ja darin liegen, daß alle Dispositionen in dieser Richtung stehen, wenn es aber noch lange nicht die Lösung der Sache geben werden sollte, daß dies für immer so sein mag. Wir haben aber die Hoffnung, daß wir deshalb verhofft, was der Vorstand im Jahrbuch für 1907 über diese Sache geschrieben hat. Die Sache ist nun leider, daß der Vorstand sich mit dieser Sache nicht als eine vorübergehende Angelegenheit angesehen hat, wie es besonders in der Zeit der Krise noch unangebracht war. Auch in den Berichten der Vorjahre sind nur sehr wenig Maßnahmen zur Beseitigung dieser Erscheinung. Einige derselben gehen wohl nicht ohne Erfolg aus, aber auch der Rest der Sache ist unklar. Wenn es eine glückliche Fügung sein sollte, daß sich über diese Sache noch etwas sagen mag, daß uns nicht nur der Vorstand, sondern auch die Mitglieder der Organisation mit dieser Sache befaßt werden können, so ist in

den letzten Jahren die Zahl der Austritte und Streichungen der Mitgliederbewegung nicht mehr vermindert worden. Hier muß es vor allem Aufgabe der in den Verwaltungsräten tätigen Kollegen sein, die genauen Ursachen zu ermitteln, um Mittel und Wege zur Beseitigung dieser Erscheinung zu finden. Dieser Zweck sollen auch die nachfolgenden Seiten dienen.

Vorerst man aber zu neuen Vorschlägen auf diesem Gebiet kommen kann, dürfte es zunächst notwendig sein, einmal zu untersuchen, was auf diesem Gebiet bisher gemacht wurde, um eine Bestimmung herbeizuführen. Aus der allen Generalversammlung protokollierten Sitzung vom 1. März 1907, die in der Sitzung der Vorstandsvollversammlung und auf Veranlassung des Kollegen Gogel es war, der im Auftrag vom Vorstand diese Sache eingehend behandelte. Einige besonders zutreffende Ausführungen möchte ich hier wiederholen:

„Die wichtigste und schwierigste Aufgabe der Gewinnung von neuem Mitgliedern ist die Erhaltung der Gewonnenen. In den Jahren 1899/1900 sind dem Verband 181789 Mitglieder beigetreten. Die Mitgliederzahl hat sich aber nur um 25521 vermehrt, wir haben in zwei Jahren rund 100000 Mitglieder verloren. Welche nutzlose Arbeit für die Verwaltungsbeamten, welche Verschwendung von Material, an Portoausgaben u. s. w. ist nicht in diesen Zahlen enthalten! Das hat aber nicht nur für den Verband, sondern auch für die Mitglieder, die durch den Abgang von Mitgliedern in der Erhaltung der Gewonnenen sehr viel zu verlieren haben. Das ist aber nicht nur für den Verband, sondern auch für die Mitglieder, die durch den Abgang von Mitgliedern in der Erhaltung der Gewonnenen sehr viel zu verlieren haben.“

Das Resultat seiner Ausführungen, die auch heute noch zutreffend sind, war der Vorschlag, daß in allen Verwaltungen die Ursachen der Austritte festgestellt und vom Vorstand zusammengefaßt werden, damit zunächst einmal Versuche gemacht werden können, aus dem Ergebnis dieser Zusammenstellung die Ursache der Fluktuation zu erkennen.

Dieser damaligen Anregung entsprechend ist auch vom Vorstand durch die Quartalsabrechnungen versucht worden, die Gründe der Mitgliederabgänge zu erforschen. Wir finden zum erstenmal — leider aber auch zum letztenmal, was wir gleich beifügen wollen — das Ergebnis dieser Erhebungen im Vorstandsbericht für die Jahre 1901 und 1902. Danach sind in diesem Zeitraum, soweit festgestellt werden konnte, Mitglieder abgegangen wegen

Jahr	Tod	Austritt	Streichung	Mittler	Ohne Abmeldung	Ausschluß	Zusammen
1901	224	5118	7126	592	422	258	18785
1902	275	5007	7174	478	69	202	13205
Zus.	499	10125	14300	1070	491	460	26990

Da aber in den zwei fraglichen Jahren zusammen 94000 Mitglieder wieder abgegangen sind, gab diese Zusammenstellung kein richtiges Bild. Allem Anschein nach hat der Vorstand deshalb auch von einer weiteren Zusammenstellung abgesehen, was auf alle Fälle äußerst bedauerlich ist. Wenn auch zugegeben werden muß, daß das Ergebnis kein ermutigendes war, so dürfte andererseits nicht vergessen werden, daß ein großer Teil der Abgänge sich zweifellos behoben hätte. Eine weitere Erhebung wäre notwendig gewesen, weil aus dem sich hieraus ergebenden Bild tiefergehendere Untersuchungen gefolgt wären. Man hätte dabei schon bedeutend bessere Erfolge erzielen können, wenn man die weiteren Erhebungen nur auf einen Teil der Verwaltungen ausgedehnt hätte, von denen man annehmen konnte, daß so viel Interesse vorhanden war, um diese Arbeit mit der größten Sorgfalt auszuführen. So man hätte noch weiter gehen und im Hinblick auf die äußerst wichtige Sache diese Verwaltungen für ihre Bemühungen besonders entschädigen können, wie dies ja bereits einmal vom Vorstand geschehen ist. Betrachten wir nun zunächst einmal das Ergebnis der Zusammenstellung aus den Jahren 1901 und 1902, so finden wir, daß das Hauptaugenmerk keineswegs auf die abgehenden Kollegen zu richten war, sondern auf die anfalligen, die zum großen Teil infolge Austritt und Streichungen der Organisation verloren gegangen sind. Dies hat nicht weniger als 2425 Personen, also 92,5 Prozent der angegebenen Austritte. Auch heute dürfte das Verhältnis nicht viel anders sein, denn die Zahl der anfalligen Kollegen ist seither nicht kleiner geworden. Sind doch laut Altersstatistik 60 Prozent aller Mitglieder über 25 Jahre alt. Es kann deshalb angenommen werden, daß auch in den folgenden Jahren der weitaus größte Teil der verloren gegangenen Mitglieder unter die Rubrik „Angefallene“ und „Gezeichnete“ fällt, die sich aus den am Orte bleibenden Kollegen rekrutieren.

Um hierüber einen Anhaltspunkt zu erhalten, habe ich die Abgänge aus drei Jahren unserer Pforzheimer Verwaltungstelle entnommen und zusammengefaßt. Es sind abgegangen infolge

Jahr	Abfall	Streichung	Angefallene	Gezeichnete	Tod	Zusammen
1906	319	331	325	3	11	1117
1907	387	—	1763	3	23	2156
1908	459	211	686	—	38	1644
Zus.	1165	542	2774	6	72	5099

Auch dieses Resultat zeigt, daß der weitaus größte Teil der Abgänge unter die Rubrik „Streichung“ und „Angefallene“ fallen. Die abgehenden Kollegen können ja dabei nicht als verloren gegangene angesehen werden, da zweifellos ein großer Teil wieder anderwärts sich angesiedelt hat.

Hätte man bei dieser Zusammenstellung noch ein oder zwei Jahre zusammengefaßt, so wäre man auf alle Fälle dazu gekommen, über die unter „Angefallene“ und „Gezeichnete“ angegebenen Mitglieder besondere Erhebungen anzustellen, um auch hieraus Gründe dafür zu finden, was man weiter damit den Ursachen der Fluktuation um ein gutes Stück näherkommen. Um dieses Resultat zu erreichen, hätte sich der Vorstand des bereits angeführten Mittels bedienen können.

Ähnliche Zusammenstellungen sind nun auch in der Verwaltungstelle Pforzheim zum erstenmal im Jahre 1907 gemacht worden. Wir haben jetzt alle Austritte und Austritte nach dem Veranlasser und Einfließen der Kollegen registriert. Die nächste Folge war eine Zusammenstellung darüber, wieviel Beiträge die anfallenden Kollegen bis zum Austritt bezahlt hatten. Das Ergebnis beider Erhebungen war folgende:

Zusammenstellung der Ein- und Austritte nach Berufen.

	Eintritte	Austritte	Zusammen
Eintritte	25	92	117
Austritte	19	21	40
Zusammen	6	71	77

22 zum Austritt hatten Beiträge bezahlt:

	100	110	120	130	140	150	160	170	180	190	200
Zahl der Mitglieder	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1

Diese Zusammenstellungen liefern uns nunmehr auch die Gründe der Austritte soweit sie möglich festzustellen und zu registrieren. Eine genaue Zusammenstellung darüber erheben wir am Jahresende 1908. Noch wichtiger war aber für uns das Ergebnis der Erhebung im Laufe dieses Jahres mit dem Einzug der Mitglieder und den Beiträgen der abgehenden Mitglieder durch die Einflüsse. Um die bereits erwähnten Zusammenstellungen machen zu können, war notwendig, daß die Bücher aller abgehenden Kollegen abgelesen wurden. Wir wollten dazu wiederholt unteren

Beitragern in Anspruch nehmen. Die Erhebung der Mitgliederbücher und die genaue Registrierung der Gründe, weshalb die Mitglieder abgehenden, dürfte uns in diesem Jahre dazu bringen, auch die Beiträge der abgehenden Mitglieder bis zum Austritt zu erheben. Das ist ein sehr wichtiger Punkt, den wir auch in diesem Jahre berücksichtigen werden. Das ist ein sehr wichtiger Punkt, den wir auch in diesem Jahre berücksichtigen werden. Das ist ein sehr wichtiger Punkt, den wir auch in diesem Jahre berücksichtigen werden.

Das Resultat unserer Bemühungen wäre aber noch bedeutend günstiger gewesen, wenn wir nicht durch eingehende Untersuchungen zu dem Resultat gekommen wären, daß im Jahre 1907 infolge der Beitragserhebung mehrere hundert Mitglieder mehr ausgetreten sind als überhaupt bekannt geworden sind und die wir in diesem Jahre abgerechnet haben. Damit aber komme ich zu dem Hauptbestand der ganzen Fluktuation in unserer Organisation und zu Vorschlägen für die teilweise Beseitigung dieses Übels. O. St. (Schluß folgt.)

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

Um Irrtümer zu vermeiden und eine geregelte Beitragsleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt, daß mit Sonntag dem 7. Februar der 7. Wochenbeitrag für die Zeit vom 7. bis 13. Februar 1908 fällig ist.

Den Ortsverwaltungen, Geschäftsführern und Reisegehaltssachverwaltern zur Kenntnis, daß an Mitglieder des vom Österreichischen Metallarbeiter-Verband losgelösten Österreichischen Metallarbeiter-Verbandes keine Reiseunterstützung ausbezahlt werden darf.

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 5 des Verbandsstatuts gestattet: Der Verwaltungsstelle Groß-Schönau 5 g pro Woche vom 1. April an.

Die Nichtbezahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

Ausgeschlossen werden nach § 22 des Statuts: Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Erfurt: Der Former Ch. Denner, geb. am 20. April 1868 zu Langensalza, Buch-Nr. 428646, wegen Schädigung des Verbandes; der Diamantschleifer Jgn. Vinc. Klein, geb. am 22. Jan. 1870 zu Kl.-Mühlheim, Buch-Nr. 252814, wegen Schädigung des Verbandes.

Auf Antrag eines Schiedsgerichts in Kiel: Der Former Christ. Jensen, geb. am 10. September 1875 zu Flensburg, Lit. A. Buch-Nr. 313226, wegen Denunziation. Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Welsert: Der Former Ernst Laffleur, geb. am 15. Januar 1868 zu Welsert, Lit. A. Buch-Nr. 171361, wegen Nichterhaltung eines Versammlungsbefehles.

Nicht wieder aufgenommen werden dürfen: Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Berlin: Der Schlosser Karl Ronger, geb. am 16. November 1897 zu Saworje, Buch-Nr. 859287, wegen Diebstahl. Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Jauer: Der Former Adolf Keller, geb. am 3. Februar 1864 zu Schönbeck, Buch-Nr. 826003, wegen unkollegialem Verhalten.

Anforderung zur Rechtfertigung. Die nachfolgend genannten Mitglieder werden aufgefordert, sich wegen der gegen sie beim Vorstand erhobenen Beschuldigungen zu rechtfertigen. Sofern einer dreimal hintereinander erscheinenden Aufforderung keine Folge gegeben wird, erfolgt Ausschluss aus dem Verband. Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Leipzig: Der Kernmacher Rudw. Benz, geb. am 11. September 1889 zu Döggersheim, Lit. A. Buch-Nr. 263769, wegen Schädigung des Verbandes.

Auf Antrag des Schweiz. Metallarbeiter-Verbandes, Sektion Winterthur: Der Bohrer Heinr. Strickler, geb. am 19. März 1883 zu Richterswil, wegen Unterschlagung.

Gestohlen wurde: Lit. A. Buch-Nr. 97195, lautend auf Friedr. Bohmeyer, Arbeiter, geb. am 16. Juni 1875 zu ?, eingetreten am 10. Dezember 1906 in Bremerhaven. (Bremerhaven.)

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an Theodor Werner, Stuttgart, Rote-Straße 16b zu richten; auf dem Postabschnitt ist genau zu bemerken, wofür das Geld verzinnt ist. Mit kollegialem Gruß Der Vorstand.

Zur Beachtung! - Zugug ist fernzubalten:

von Formern, Eisengießereiarbeitern und Kernmachern nach Arbon, Schweiz (Gießerei Schredenberg) R.; nach Gardelegen (Firma Henricke, Eisengießerei) R.; nach Lindenwalde (Grelms) R.; von Metallarbeitern aller Branchen nach Luffinpiccolo i. Osterr. Schaffers, D.; nach Müllig i. Wärsen (elektr. Fabrik, L. Dozefal & Co.) St.; nach Prag (Morrell & Co., Rüstfabrik) D.; nach Rheine i. Westf.; nach Rombach in Lothringen (Rombacher Hütte) D.; nach Würzburg (Vereinsgesellschaft für landw. Maschinen vorm. Gebr. Burgbaum) D.; von Schlossern, Drehern, Schmieden und Maschinenarbeitern nach Friedrichsroda in Thüringen (F. Schönau, Kindertrassfabrik) R.; nach Riga R.; von Schlossern (Van-) nach Raffel D.; von Metallarbeitern (besonders Fein- und Drahtwalzern) nach Rombach i. Lothr. (Rombacher Hütte) D. (Die mit A und St. bezeichneten Orte sind Streifgebiete, die überhaupt zu meiden sind; v. St. heißt: Streif in Aussicht; L.: Lohn- oder Lohnbewegung; A.: Ausspernung; D.: Differenzen; M.: Maßregelung; R.: Rüststände; R.: Lohn- oder Akord-Reduktion; F.: Einfließen einer Fabrikordnung.) Alle Mitteilungen über Differenzen, die zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betriebe Anlass geben, sind an den Verbandsvorstand zu adressieren. Die Anträge auf Sperrung von Sperrern müssen hinreichend begründet und von der Verwaltungsstelle beglaubigt sein.

Korrespondenzen.

Stempner.

Schlag. Die Metallwarenfabrik von G. Humann sucht in ausbleibenden Wittern öfter Drucker, Klempner u. s. w., weshalb es geboten erscheint, den Kollegen ein Bild der hier herrschenden Zustände zu geben. Die Fabrik, die jetzt 4 Jahre besteht, gilt als ein Leuchtenschein. Nicht allein die rigorose Behandlung durch Herrn Humann, sondern auch seine Eucht, fortwährend „Preisregulierungen“ vorzunehmen, verleiht den Kollegen den längeren Aufenthalt. Um diesen fortwährenden Abhängen einen Damm entgegenzusetzen, beschloßen die Kollegen im März vorigen Jahres, das Kuffen und Ausschlagen einer Affordprellliste zu verlangen. Als der Bevollmächtigte in dieser Angelegenheit vorkam, vertrat Herr Humann, dem Wunsche der Arbeiter nachzukommen. Aber die Arbeiter sollten sehr bald eines anderen belehrt werden. Der damalige Vorarbeiter J. wurde vom Chef beauftragt, eine Affordprellliste mit wesentlich reduzierten Preisen aufzusetzen, die dann gemäßigtermaßen zum Lohn der Arbeiter unter Schloß und Riegel verwahrt wurde. Die Folge dieser Handlungsweise war, daß Differenzen ausbrachen, die bei dem lebhaften Temperament des Herrn Humann in der Regel damit endigten, daß die Kollegen diesem Betriebe den Rücken kehrten. Da dem Herrn an einem tüchtigen Arbeiterstamm wenig gelegen ist, so hielt er nach Verlauf einiger Monate den Zeitpunkt abermals für gekommen, seine „regulierten“ Affordprellliste abermals regulieren zu lassen. Die Kollegen zeigten aber für dieses Vorgehen keinerlei Verständnis und ließen den Bevollmächtigten abermals vorstellig werden. Herr Humann nahm die Affordprellliste wieder zurück und verpackte wiederum den Ausschlag der Affordprellliste. Durch Erfahrung gewisheit, legten die Arbeiter den Vorstellungen des Herrn Humann kein Gewicht bei und sie wunderten sich nicht darüber, daß bis heute das gegebene Versprechen noch nicht erfüllt ist. Einmal wurde er von einem Kollegen an sein Versprechen erinnert, da erklärte er in seiner temperamentsvollen Manier, daß das alles Quatsch sei. Es blieb den Kollegen nun weiter nichts übrig, als selbst eine Affordprellliste aufzusetzen und jeden Arbeiter durch Beschluß zu verpflichten, nicht eher einen Abzug anzunehmen, bis er durch technische oder produktive Verbesserungen gerechtfertigt erscheint. Statt des üblichen Neujahrsglückwunsches wurde den Arbeitern die Ankündigung zuteil, daß in Zukunft neue Arbeiten nicht höher kalkulliert werden, als zur Erzielung des vereinbarten Stundenlohnes notwendig sei. Ferner vertrat Herr Humann die Ansicht, daß Arbeiter mit geringerem Stundenlohn in Afford sich ebenfalls mit geringeren Affordpreisen begnügen müßten. Diese von den Kollegen mit Humor aufgenommenen kuriosen Vorschläge des trefflichen Herrn Humann sind jedenfalls auf den Umstand zurückzuführen, daß seine Wiege in der betriebslosen Gegend des Erzgebirges stand. Einen würdigen Vertreter dieser eben zitierten Ansichten hat Herr Humann in seinem Kompagnon, Herrn Schindler, gefunden, der behauptet, daß die im Betriebe bezahlten Löhne viel zu hoch seien. Zum besseren Verständnis dieser Redensart sei gleich bemerkt, daß die Klempner Löhne von 40, 46 und 50 % beziehen, somit also noch unter dem hiesigen Klempnertarif arbeiten. Die Metallbrücker werden nach dem Tarif bezahlt, wenn sie ganz energisch darauf dringen. Jedoch beliebt es die Firma regelmäßig, trotz Tarifunterstützung, anfängenden Kollegen 5 bis 10 % weniger pro Stunde zu bieten. In der Schleiferei werden 88, 40 und 47 % Stundenlohn als ausreichend bezeichnet. Hier ist durch das Fehlen jeglicher Ventilationseinrichtung, sofern man nicht die getrockneten Fenstercheiben als solche ansehen will, das Arbeiten noch außerordentlich gesundheitschädlich. Überhaupt lassen die sanitären und hygienischen Einrichtungen alles zu wünschen übrig. Die Wäschträge werden nicht gewechselt, die Fabrikräume nur Sonnabends gefegt. Zur Selbsthilfe können die Arbeiter wegen Mangel an Wasser nicht schreiten. Beim Eintritt kalter Witterung gibt es allemal einen Kampf um die Feuerung. Behauptet doch die Firma, daß 10 Bretlets pro Tag ausreichend seien, um Räume von zirka 150 Kubikmeter Inhalt zu erwärmen. Was in allem ein Bild, das jeden Kollegen abschrecken sollte, dieses Eldorado aufzusuchen. Die fortwährende Aufsehung unserer Kollegen hat manche Verschlechterung verhindert, aber die momentan herrschende Krise ist dem Herrn Humann & Co. eine treue Bundesgenossin, um die unabweisbaren Dränger zu entlasten. Es kommt aber auch wieder eine bessere Zeit und dann Herr Humann — sehen wir uns wieder.

Metallarbeiter.

Chemnitz. Wie die Unternehmer Arbeiter behandeln, zeigt nachfolgendes Vorkommnis in der Werkzeugmaschinenfabrik von S. E. Reinecker. Ein Arbeiter wollte einen Spiraloehrer anschleifen; da die eine Schmitzschleibe besetzt war und die zweite, die daneben steht, nicht gerade lief, wartete er, bis die Schleibe frei war. Als er nun so dastand, kam Herr Reinecker dicht heran und fuhr den Arbeiter an: „Du gottverdammter Hund, schleif doch drüber an der anderen Schleibe.“ Diese Fabrik, in der zirka 1700 Arbeiter tätig sind, ist einer der Betriebe, wo die Arbeiter schwer zur Organisation zu haben sind. Während der Hochkonjunktur sind dort über hundert bis nachts 10 und 12 Uhr geleistet worden. Alle Warnungen schlugen die Arbeiter in den Wind. Jetzt nun, wo der Geschäftsgang flau ist, zittern diese Leute für ihre Stelle. Denn es haben schon die Meister davon gesprochen, daß die Arbeit knapp wird, „daß welche springen müssen“. Würden die Reinecker'schen Arbeiter organisiert sein, hätten sie ihre Beiträge angelegt im Metallarbeiter-Verband, anstatt in irgend welchen Klimbimvereinen, bräuchten sie nicht zu zittern, wenn sie arbeitslos werden. Hoffentlich lernen die Kollegen aus der jetzigen Zeit.

Chemnitz. Der Drehermeister Weber und der Schrauben-schneider Otto Paul Arnold in den Wandererwerken scheinen eine eigentümliche Rolle miteinander zu spielen. Ein Dreher vereinbarte den Affordpreis für Einstellungsarbeiten auf 18 % pro Stück, Arnold, der den Preis von dem betreffenden Dreher erfahren hatte, erklärte dem Meister Weber, daß diese Arbeit sich für 10 bis 12 % anfertigen lasse, worauf Weber, der zuvor 18 % zu zahlen sich bereit erklärt hatte, für diese Arbeit nur 10 % festsetzte. Da Arnold Mitglied im Deutschen Metallarbeiter-Verband war, wurde sein unvollständiges Verhalten gerügt; er meldete sich darauf vom Verband ab, und der Dreher, den er durch seine Handlungsweise geschädigt hatte, wurde vom Meister Weber wegen „Arbeitsmangel“ entlassen. Der Schraubenschneider hat also eingesehen, daß sein Handeln in den Wandererwerken dem eines organisierten Kollegen nicht würdig ist. Er wird nun in Zukunft sein Handwerk, Preise zu drücken und Arbeiter anzugehen, um so ungenierter betreiben können. Sicher wird die Direktion diesen Mann zu „schätzen“ wissen und ihm einen Posten als Meister anvertrauen. Den Befähigungsnachweis dafür hat er nun erbracht.

Frankenthal. Der Anarchist Stelzer und seine Spielfreunde A. Schuster und Bopp gaben am Sonntag den 24. Januar hier in einer Versammlung eine Gastrolle. Daß sie sich an diesem Sonntag gerade Frankenthal als Operationsbasis auswählten hatten, dafür war für sie der Umstand maßgebend, daß in der Woche vorher in einer hiesigen Fabrik der Metallindustrie Differenzen ausgebrochen waren. Da glaubten sie wieder einzusehen und unter die Arbeiterschaft Bewirung bringen zu können. Da es aber damit nichts war, weil die Differenzen geschlichtet worden waren, mußte der Streik im Strehelwerk den Hauptgegenstand zum Schimpfen und Verdächtigen des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes abgeben. Auf ihre Ausführungen hier weiter einzugehen, erübrigt sich. Es wurde ihnen von unseren Rednern heimgeleuchtet, wie es sich gebührt. Bemerkenswert waren nur einige Äußerungen, so die von Schuster: „Es wäre beim Streik im Strehelwerk nicht mehr zu erreichen gewesen“, und die von Bopp: „Verantwortlichkeitsgefühl ist Bismarck.“ Stelzer wurde in der Versammlung wiederholt gefragt, von was er lebe, worauf er immer ausweichend antwortete und auf den Prozeß verwies, den er gegen die Volkstimme und andere Blätter anstrengt. Als er das Schlusswort erhielt, erachtete

den Streik, dieses nur anzudeuten, wenn Stelzer vorher angeht, von was er lebe. Da dies vorzuziehen wurde, beschloßen unsere Kollegen die Versammlung.

Kaiserslautern. (Unternehmensverhältnisse.) Wie im vorigen (s. bei uns) in diesem Winter die Firma Wacker (Dresdener Maschinen) eine größere Zahl Arbeiter entlassen. Diesmal betraf es zunächst fast ausschließlich die Arbeiter der Schleiferei. Im Sommer müssen die Schleifer überstunden bis zur Erreichung der Nacht durchgearbeitet. Dabei sträubte sich die Firma auf's Außerste gegen eine Vergütung der Überstunden. Mit Wack und Krach gelang es den Schleifern, 10 Prozent Vergütung für Überstunden und für Nachtarbeit herauszuschlagen. Dagegen genierte sich die Firma trotz übermäßiger Ausnutzung der Arbeiter nicht, wiederholt Lohnabzüge bis zu 80 Prozent vorzunehmen. Lohnabzüge finden überhaupt fast jedes Jahr zwei- bis dreimal statt. Die, die sich gegen derartige Verschlechterungen wehren, werden als Feher verschrien. So wird es heute den Schleifern noch nachgetragen, daß sie im vorigen Sommer Vergütung für Überstunden verlangten. Als die Arbeiter sich gegen die Mißverhältnisse (im Sommer Überstunden und im Winter Entlassungen) beschwerten, erklärte der Obermeister: „Ja, das ist bei uns so.“ Eine wenig rühmliche Rolle spielt der bei der Firma jetzt als Schleifermeister fungierende Schleifer Schmidt. Dieser Mann, der einige Jahre bei uns war, war selber bei der Firma Opel in Rüsselheim beschäftigt und bezog bei seinem Umzug von Rüsselheim nach Kaiserslautern noch Umzugsunterstützung vom Verband. Heute gibt er sich als Werkmester und ist Eingänger im Werkmester-Verband. Er spuckte Arbeitern auf den Kopf, einem leitete er die Haare zusammen, dem anderen warf er den Priem ins Gesicht! Während die Arbeiter nachts arbeiteten, hielt Schmidt ein Schläfchen. Auch im Geldbusen hat er es schon bei einer Meile von Arbeitern versucht. Bei Lohnabzügen spielt Schmidt immer den Unschuldigen, er sagt immer, die Firma sei dran schuld. Nun wird uns aber von zuverlässiger Seite berichtet, daß Schmidt abgezogen habe, damit sein Gehalt erhöht werden könne. Auch dieser Vorgang beweist wieder, welche traurige Rolle gewisse Elemente als Handlanger des Unternehmertums gegenüber ihren früheren Arbeitskollegen spielen. Daß solche Elemente dem Unternehmertum willkommen sind, ist verständlich. Aber in der Öffentlichkeit sind sie gerichtet mit samt der Firma. Wer nicht grünlich hereinfallen will, der meide diese Firma.

München. Der Streik bei der Firma Gubisch dauert ununterbrochen fort. Diesem Streit liegen folgende Ursachen zugrunde: Mit Gültigkeit vom Januar 1908 bis 31. Dezember 1908 bestand ein feinerzeit zwischen der Firma und den Arbeitern abgeschlossener Vertrag. Dieser Vertrag wurde im Laufe des Jahres 1908 von der Firma einmalmal gebrochen. Der erste Versuch dieser Art wurde im März 1908 gemacht. Der neue Betriebsleiter Jungnickel kalkulierte eine Arbeit, für die es 180 M gegeben hatte, mit 85 M. Wegen dieser Sache kam es im März zum Streik, an dem sich jedoch nur die Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes beteiligten, während die Mitglieder des Hirsch-Dunderschen Gewerkevereins stehen blieben. Dieser Streik dauerte neun Wochen und mußte schließlich ergebnislos abgebrochen werden. Darauf hat die Firma ununterbrochen Versuche gemacht, die Preise, obwohl sie tariflich festgelegt waren, für die einzelnen Arbeiten herunterzudrücken. Auch wurde erklärt, daß es zum Abschluß eines neuen Vertrages nicht mehr kommen werde. Seit dem 1. Januar 1909 stellt die Firma nur noch unorganisierte Arbeiter ein. Sie läßt sich durch Unterschreiben eines Reverses bescheinigen, daß der Betreffende keiner Organisation angehöre. Aber damit nicht genug. Am Dienstag den 12. Januar wurde dem Arbeiterausschuß mitgeteilt, daß die Firma „gezwungen“ sei, auf die Gesamtlöhnung einen Abzug von 10 Prozent vorzunehmen. Da aber die Löhne der Lohnarbeiter zu gering seien, um einen Abzug vorzunehmen zu können, so sollten die Affordarbeiter (Dreher, Schlosser, Maschinenarbeiter) diesen Abzug allein tragen. Dieses Ansuchen wurde natürlich von den Arbeitern abgelehnt. Bei einer neuen Verhandlung zwischen der Firma und dem Arbeiterausschuß bequeme sich die Firma bereits dazu, anstatt 10 Prozent nur 5 Prozent abzuziehen zu wollen. Aber auch dies ist von den beteiligten Arbeitern abgelehnt worden. Diese haben gegenüber dem geforderten Abzug von 5 Prozent auf die Gesamtlöhnung sich bereit erklärt, auf der Grundlage des alten Tarifes sich einen Abzug von 5 Prozent des Affordverdienstes gefallen zu lassen. Dieses Zugeständnis der Arbeiter erklärte die Firma nicht annehmen zu können. So ist es denn zum Streit gekommen. Daran sind vorläufig 43 Mann beteiligt, 28 Gewerkevereiner und 15 Mitglieder unseres Verbandes. Zwischen den Vertretern des Gewerkevereins und unseres Verbandes ist ein schriftlicher Vertrag abgeschlossen worden, wonach die Bewegung nur gemeinsam durchgeführt werden darf, insbesondere sollen die Verhandlungen mit dem Unternehmer nur gemeinsam erfolgen und es darf auch eine etwaige Wiederaufnahme der Arbeit nur gemeinsam stattfinden.

München. In einer überaus gut besuchten Versammlung erstattete am 19. Januar im Haderfeller die Ortsverwaltung unseres Verbandes den Geschäfts- und Kassenbericht über das vierte Quartal 1908. Nach der Abrechnung über die Hauptkasse betrug die Einnahme 57541,37 M., die Ausgabe 49772,96 M. Die Krankeunterstützung erforderte im vierten Quartal 16799,92 M. gegen 11204,11 M. im vierten Quartal 1907, also ein Mehr von 5595,81 M. Noch mehr ist die Arbeitslosenunterstützung gestiegen. Im vierten Quartal 1907 betrug der Aufwand dafür 6671,32 M., im vierten Quartal 1908 dagegen 19171,67 M.; also mehr 12500,35 M. = 180 Prozent. Diese Zahlen reden eine deutliche Sprache über den Umfang der gegenwärtigen Arbeitslosigkeit. Zusammen wurden für Unterstützung im vierten Quartal 1908 39007,99 M. verausgabt. Die Sozialkasse hatte eine Einnahme von 96345,33 M., eine Ausgabe von 13978,21 M. Die Mitgliederzahl ist im Jahre 1908 nur um 366 gestiegen, sie betrug am Ende 1908 6924 männliche, 445 weibliche und 129 jugendliche Mitglieder, zusammen 7498 Mitglieder. Der Erfolg des Jahres 1908 liegt in der Hauptsache in der Erhaltung des bisherigen Mitgliederstandes. Die Erhaltung des Mitgliederstandes erfordert aber in der gegenwärtigen Zeit keine geringere Arbeit als die Gewinnung neuer Mitglieder. Es ging dem Unternehmertum, dem die gegenwärtige Situation zur Verschlechterung der Arbeitsverhältnisse willkommen ist, ganz nach Wunsch, wenn die Organisationen auch noch eine Mitgliedererlebnisse erleiden würden. Kollege Jöschinger hob in seinem Geschäftsbericht für das vierte Quartal hervor, daß außer den Bemühungen, Verschlechterungen der Arbeitsverhältnisse hintanzuhalten, eine Vereinbarung mit den Sparzahlwerkern zustande kam und daß wir an der Bewegung in der Brauereindustrie beteiligt waren. Bei den Sparzahlwerkern konnten wir neben einer Erhöhung der Stunden- und Mindestlöhne sowie Regelung der Affordarbeit eine wöchentliche Arbeitszeit von 51 Stunden oder 8 1/2 Stunden pro Tag vereinbaren. Die Arbeitszeit dieses Betriebes beginnt vormittags 7 1/2 Uhr und endet nachmittags 4 1/2 Uhr. Mittags ist eine halbstündige Pause, in der in der Kantine das Essen eingenommen werden kann. Die Kollegen und Kolleginnen, die sich anfangs mit der Rennerung nicht befreunden konnten, gewöhnten sich allmählich an den Zustand und sind damit zufrieden. Vier Betriebe der Metallindustrie haben im abgelaufenen Jahre die sogenannte durchgehende (englische) Arbeitszeit eingeführt. Die bisherigen Erfahrungen damit haben noch keinen Grund zur Klage gegeben. Weiterhin berichtete Kollege Jöschinger über eine Veränderung in der Metallindustrie, die ein lehrreiches Beispiel zu dem bekannten Sprichwort: „Wer andern eine Grube gräbt, fällt selbst hinein“ darstellt. Unter der Ägide des Kommerzienrats Steger, des Vorsitzenden der Ortsgruppe München des bayerischen Metallindustriellen-Verbandes, war im Eisenwerk München mit vieler Mühe ein Arbeiterverein errichtet worden, der schon dem verflochtenen Direktor Steger sehr viel Kummer machte, weil er nicht gehen wollte. Das Eisenwerk München, das schon seit einigen Jahren infolge zu großen Mangels an Profit seine wirtsch. wachsenden Aktionäre nicht zu befriedigen vermochte, wurde einer gründlichen Reform unterzogen, bei welcher Gelegenheit Kommerzienrat Steger und sein Anhang Gelegenheit bekamen, sich das Werk auch einmal von außen anzusehen. Die ganze gelbe Herrlichkeit des Eisenwerkes ist zum Teil, und den Mann, der was wiederholt ein Ende mit Schreden prophezeite, hat das Schicksal mit samt seinen

Präsidenten erfüllt. So steht das Werk, von der man sich wundern darf. Ein Teil der entlassenen Arbeiter hat sich wiederholt ihr Leid darüber gelagert, daß sie sich so verdrüben ließen, die Organisation möge ihnen ihren dummen Streich verzeihen und sie doch wieder aufnehmen. Das Beispiel zeigt übrigens auch mit einer Deutlichkeit, die nicht zu verkennen übrig läßt, wie es gemacht wird, wenn den Unternehmern der gewöhnliche Erfolg ausbleibt. — Der gestrige Geschäftsbericht auf unserem Bureau, hervorgegangen durch die ungenügende Arbeitslosigkeit und die gesteigerten Krankheitsfälle, sowie der übrigen angewandten Vertrieben, veranlaßt die Verwaltung und den Gesamtausschuß, mit dem Antrag auf Anstellung eines weiteren Beamten an die Mitgliedschaft heranzutreten. Obwohl die Tatsache anerkannt wurde, daß der Geschäftserfolg und damit auch die Arbeiten auf dem Bureau gewachsen seien, glaubte man von der Anstellung eines weiteren Beamten in der Meinung Abstand nehmen zu müssen, die Verhältnisse würden sich durch ein baldiges Zurückgehen der Krise bezart bessern, daß mit der bisherigen Beamtenzahl sehr wohl auszukommen sei. Aber selbst eine ausfallende Konjunktur wird die Arbeiten nicht weniger, sondern eher mehr werden lassen. In Anbetracht der tatsächlich vorliegenden Unmenge von Arbeit, deren Erledigung den angestellten Beamten unmöglich ist, genehmigte die Generalversammlung zwei Hilfsarbeiter, die nach Bedarf zur Verwendung kommen sollen. Ob damit den Anforderungen, die an das Bureau gestellt werden, entsprochen werden kann, wird die Erfahrung lehren. — Geschäfts- und Kassenbericht: wurden ohne nennenswerte Diskussion angenommen und der Verwaltung für ihre Tätigkeit im abgelaufenen Jahre Entlastung erteilt. Die Neuwahl der Verwaltung ergab außer den Kollegen Johann Jöschinger und Johann Freisinger, die auf Grund ihres Amtes Mitglieder der Verwaltung sind, folgendes Resultat: Johann Glesold, Richard Schröter, Hans Menath, Gustav Vogner, Michael Reit, Matthias Altstetter, Joseph Jordin. — Mit einem Appell, tatkräftig für die Ausbreitung der Organisation zu wirken, wurde die Versammlung geschlossen.

Ösnabrück. In der Versammlung am 17. Januar erstattete Kollege Thielemann den Kassen- und Geschäftsbericht für das Jahr 1908, dem wir folgendes entnehmen: Die Hauptkasse hatte inklusive eines Kassenbestandes von 1768,08 M. eine Einnahme von 85740,28 M. Die wichtigsten Ausgaben waren: Reisegehalt 3644 M., Krankenunterstützung 1908/15 M. (1907: 4904,41 M.), Arbeitslosenunterstützung 3934,68 M. (1907: 242,05 M.), Streifenunterstützung 2227,85 M. Eingekommen wurden an die Hauptkasse 4770 M. Als Kassenbestand verblieben 429,80 M. Kollege Thielemann wies auf die gewaltige Steigerung der Ausgaben für Kranken- und Arbeitslosenunterstützung hin, was ein Zeichen der verheerenden Krise, aber auch der besten Beweis dafür sei, welche großen sozialen Aufgaben durch den Verband erfüllt würden, der dadurch dem Staate und den Kommunen große Lasten abnehme. Zum Dank dafür würden ihm alle möglichen Schwierigkeiten durch diese Organe bereitet. Gleichzeitig würden aber auch durch diese Zahlen manchem Feinde der Arbeiterorganisation die Waffen aus der Hand geschlagen. Die Sozialkasse hatte inklusive eines Kassenbestandes von 48,61 M. eine Einnahme von 10151,82 M. Der Kassenbestand betrug am Schlusse des Jahres 775,71 M. Die Beitragsleistung war zufriedenstellend. Es entfielen auf den Kopf eines Mitgliedes im Jahre 1908 47,69 Beiträge gegen 46,79 vom Jahre 1907. Die Summe der rückständigen Marken betrug laut den Berichten der Bezirksführer 858. Die getroffenen Neueinrichtungen, als da sind: Ausbau des Bezirksführersystems und Anstellung eines besoldeten Kassaführers, haben sich gut bewährt und die bessere Beitragsleistung ist zweifellos auf dessen Konto zu setzen. Nicht ganz zufrieden sein könnte man mit dem Vertrauensmännerkörper und den Branchenkommissionen, hier müßten die in Frage kommenden Kollegen in diesem Jahre kräftiger mitarbeiten. Im allgemeinen scheint das Ergebnis der agitatorischen Arbeit auf den ersten Blick nicht zufriedenstellend, schließt man doch mit einem Mitgliederstand von 1072 ab, nachdem im Vorjahre bereits 1200 Mitglieder gezählt wurden. Bei näherer Betrachtung sei aber dieser Rückgang eine logische Folge der eingetretenen Krise. Im Punkte der Dauer der Mitgliedschaft habe sich das Verhältnis verbessert. Es seien im Jahre 1907 nur 52 Prozent der Mitglieder unterstützungsberechtigt gewesen, im Jahre 1908 seien es dagegen 78 Prozent. Der Rückgang in der Mitgliederzahl sei weniger auf Austritte, als vielmehr auf stärkere Abreise zurückzuführen. Es schieden aus und mußten gestrichen werden 431, es traten ein 421, es reichten zu 222, ab 880 Mitglieder, demnach sind mehr abgereist 118. Dabei dürfte nicht vergessen werden, daß die Organisation am Orte noch verhältnismäßig jung sei und daß man mitten im Ausbau des Verbandes von der Krise überfallen wurde. Organisiert sind zusammen 44,4 Prozent der am Orte Beschäftigten, davon im Deutschen Metallarbeiter-Verband 37,4 Prozent, im christlichen Verband 5 Prozent und im Hirsch-Dunderschen Gewerkeverein 2 Prozent. Die Zahl der am Orte beschäftigten organisationsfähigen Metallarbeiter ging von 2900 im Jahre 1907 auf 2565 im Jahre 1908 zurück, auch ein Zeichen der wirtschaftlichen Depression! Einschließlich der auf der Georgs-Marienhütte tätigen Kollegen betrage die Zahl der Metallarbeiter hier rund 4500. Diese in ihrer großen Weisheit zu organisieren, sei unsere Aufgabe. Von den Bewegungen bezüglich der Arbeitsverhältnisse sei wenig Erfreuliches zu berichten. Erstens sei man gezwungen gewesen, den Kampf bei der Firma Kromschroder im Januar abzubrechen. Nach einer kleineren Bewegung im Stahlwerk seien im April von der Generaldirektion der „Georgs-Marienhütte“ allgemeine Lohnabzüge angedroht worden. Trotz der Anstrengungen des Verbandes sei es nicht möglich gewesen, diese Abzüge abzuwehren, weil um diese Zeit gerade in den Betrieben, wo man bisher mit Erfolg habe angreifen können, das Organisationsverhältnis ungenügend war. Auch eine bittere Lehre! Das Vertragsverhältnis der Klempner und Installateure sei angegriffen, der wirtsch. Lage nicht gekündigt worden. Zuletzt sei es der Firma Ortman gelungen, die Erzeugnisse des letzten Streiks, soweit es sich um Minimal-löhne handelte, unvorsicht zu machen. Hoffentlich seien die Arbeiter durch das Vorgehen der Unternehmer gereinigt worden und würden jetzt, soweit es noch nicht geschehen, ihren Anschlag an den Verband bewirken, dann wäre es bald möglich, die im Jahre 1908 erlittene Scharte auszuwehren.

Worms. Am 17. Januar sprach hier der durch sein Gamertatkräftigkeitsberühmt gewordene Hirsch-Dunderscher Herr Erlelenz in einer öffentlichen Versammlung über: „Nationale und internationale Arbeiterbewegung.“ Das Thema hätte auch anders lauten können, Erlelenz würde dann das gleiche gesagt haben. Bei ihm und seinen Gefinnungsgenossen dreht sich der ganze Wortschwall um einige Schlagwörter, wie „neutral“, „national“, „Vaterland“, „Sozialreform“ u. s. w. Wenn die Arbeiter auf die ausgefachten Leinwand der „politischen Neutralität“ gingen, so wäre der Zweck der völkerverfeindlichen Parteien natürlich hübsch erreicht: Sie würden noch mehr als bisher ihre völkerverfeindliche Politik vollziehen. Herr Erlelenz wurde in der Versammlung von den Rednern der freien Gewerkschaften klar gemacht, daß die deutschen Arbeiter von den Hirsch-Dunderschen Befreiungen nichts wissen wollen. Das werde ja am besten dadurch bewiesen, daß die Gewerkevereine nach 40 Jahren nur zirka 100 000, die freien Gewerkschaften aber innerhalb viel kürzerer Zeit zwei Millionen Mitglieder hätten. Aus einer Bekanntmachung im Gewerkeverein und im Regulator ist zu ersehen, daß die Hirsch für Frankfurt a. M., Mainz und Worms einen Arbeitersekretär anstellen wollen. Dies in die Wege zu leiten, war Erlelenz jedenfalls hierhergekommen. Wir können den Hirschen versichern, daß sie sich Mühe und Geld sparen könnten, sie werden hier auf keinen grünen Zweig kommen.

Rundschau.

Reichstag. Die Erörterungen, die an die sozialdemokratische und polnische Interpellation über die Handhabung des Vereins- und Versammlungsgesetzes anknüpfen, jenseits ihrer Natur nach zu zwei verschiedene Gruppen: zunächst handelte es sich darum, ob

Man vertritt die Idee ...

Im Streit im Streikwerk in Mannheim.

Der von uns in Nummer 8 erwähnte A. Schuster ...

Die österreichische Gewerkschaftsbewegung des Jahres 1908.

Die österreichische Gewerkschaftsbewegung des Jahres 1908 ...

Vom Ausland.

Österreich.

Die österreichische Gewerkschaftsbewegung des Jahres 1908 ...

Frankreich.

Der Gewerkschaftslongreß zu Marseille (Oktober 1908) ...

Der Kampf um die Arbeiterfrage in Frankreich.

Im vorigen Jahre nahmen wir verschiedene Male ...

Der Kampf um die Arbeiterfrage in Frankreich.

Im vorigen Jahre nahmen wir verschiedene Male ...

Der Kampf um die Arbeiterfrage in Frankreich.

Im vorigen Jahre nahmen wir verschiedene Male ...

Man vertritt die Idee ...

Die Zeitung des Spar- und Konsumvereins in Stuttgart.

Die Zeitung des Spar- und Konsumvereins in Stuttgart ...

Die Zeitung des Spar- und Konsumvereins in Stuttgart.

Die Zeitung des Spar- und Konsumvereins in Stuttgart ...

Die Zeitung des Spar- und Konsumvereins in Stuttgart.

Die Zeitung des Spar- und Konsumvereins in Stuttgart ...

Die Zeitung des Spar- und Konsumvereins in Stuttgart.

Die Zeitung des Spar- und Konsumvereins in Stuttgart ...

Die Zeitung des Spar- und Konsumvereins in Stuttgart.

Die Zeitung des Spar- und Konsumvereins in Stuttgart ...

Die Zeitung des Spar- und Konsumvereins in Stuttgart.

Die Zeitung des Spar- und Konsumvereins in Stuttgart ...

Die Zeitung des Spar- und Konsumvereins in Stuttgart.

Die Zeitung des Spar- und Konsumvereins in Stuttgart ...

Die Zeitung des Spar- und Konsumvereins in Stuttgart.

Die Zeitung des Spar- und Konsumvereins in Stuttgart ...

Die Zeitung des Spar- und Konsumvereins in Stuttgart.

Die Zeitung des Spar- und Konsumvereins in Stuttgart ...

Die Zeitung des Spar- und Konsumvereins in Stuttgart.

Die Zeitung des Spar- und Konsumvereins in Stuttgart ...

Die Zeitung des Spar- und Konsumvereins in Stuttgart.

Die Zeitung des Spar- und Konsumvereins in Stuttgart ...

Man vertritt die Idee ...

Die Zeitung des Spar- und Konsumvereins in Stuttgart.

Die Zeitung des Spar- und Konsumvereins in Stuttgart ...

Die Zeitung des Spar- und Konsumvereins in Stuttgart.

Die Zeitung des Spar- und Konsumvereins in Stuttgart ...

Die Zeitung des Spar- und Konsumvereins in Stuttgart.

Die Zeitung des Spar- und Konsumvereins in Stuttgart ...

Die Zeitung des Spar- und Konsumvereins in Stuttgart.

Die Zeitung des Spar- und Konsumvereins in Stuttgart ...

Die Zeitung des Spar- und Konsumvereins in Stuttgart.

Die Zeitung des Spar- und Konsumvereins in Stuttgart ...

Die Zeitung des Spar- und Konsumvereins in Stuttgart.

Die Zeitung des Spar- und Konsumvereins in Stuttgart ...

Die Zeitung des Spar- und Konsumvereins in Stuttgart.

Die Zeitung des Spar- und Konsumvereins in Stuttgart ...

Die Zeitung des Spar- und Konsumvereins in Stuttgart.

Die Zeitung des Spar- und Konsumvereins in Stuttgart ...

Die Zeitung des Spar- und Konsumvereins in Stuttgart.

Die Zeitung des Spar- und Konsumvereins in Stuttgart ...

Die Zeitung des Spar- und Konsumvereins in Stuttgart.

Die Zeitung des Spar- und Konsumvereins in Stuttgart ...

Die Zeitung des Spar- und Konsumvereins in Stuttgart.

Die Zeitung des Spar- und Konsumvereins in Stuttgart ...

Die Zeitung des Spar- und Konsumvereins in Stuttgart.

Die Zeitung des Spar- und Konsumvereins in Stuttgart ...

Die Zeitung des Spar- und Konsumvereins in Stuttgart ...

Verbands-Anzeigen

Äußerer Bericht

Am Freitag, 6. Februar: ...

Am Samstag, 7. Februar: ...

Am Sonntag, 8. Februar: ...

Am Montag, 9. Februar: ...

Am Dienstag, 10. Februar: ...

Am Mittwoch, 11. Februar: ...

Am Donnerstag, 12. Februar: ...

Am Freitag, 13. Februar: ...

Am Samstag, 14. Februar: ...

Am Sonntag, 15. Februar: ...

Am Montag, 16. Februar: ...

Am Dienstag, 17. Februar: ...

Am Mittwoch, 18. Februar: ...

Am Donnerstag, 19. Februar: ...

Am Freitag, 20. Februar: ...

Am Samstag, 21. Februar: ...

Am Sonntag, 22. Februar: ...

Am Montag, 23. Februar: ...

Am Dienstag, 24. Februar: ...

Am Mittwoch, 25. Februar: ...

Am Donnerstag, 26. Februar: ...

Am Freitag, 27. Februar: ...

Am Samstag, 28. Februar: ...

Am Sonntag, 29. Februar: ...

Am Montag, 30. Februar: ...

Am Dienstag, 1. März: ...

Am Mittwoch, 2. März: ...

Generalversammlung ...

Volkmann, von dem man hier schon seit einiger Zeit spricht, scheint ...

In der Revue syndicaliste (Nr. 45 und 46) berichtet der Kollege ...

Der Verfasser macht ferner einige Angaben über den üblichen ...

Die Arbeitszeit dauert auf dem Lande mindestens zwölf ...

Der Lohn wird gewöhnlich monatlich ausbezahlt. Er schwankt ...

Ans der Geschichte der Gewerkschaftsorganisationen wird folgendes ...

Der Erfolg besteht in der Bewegung in hohen Maße. Um auch ...

Selbst der Bewegung der Arbeiterbewegung scheint sich das ...

Der Erfolg besteht in der Bewegung in hohen Maße. Um auch ...

zu helfen, die notwendig sind, um nicht rückwärts zu ...

Von der Progressive Lodge Nr. 885 International Association ...

Die Arbeiterzeitung in den Vereinigten Staaten verbreiten ...

Literarisches

Von den Sozialistischen Monatsheften ist soeben Nummer 2 ...

Von der Neuen Zeit (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben ...

Selbst der Bewegung der Arbeiterbewegung scheint sich das ...

Selbst der Bewegung der Arbeiterbewegung scheint sich das ...

Selbst der Bewegung der Arbeiterbewegung scheint sich das ...

Selbst der Bewegung der Arbeiterbewegung scheint sich das ...

Zentralarbeitsnachweis für Graveure und Ziseleure

Berlin NW. 6, Charitestraße 3.

Privat-Anzeigen

Zünftiger Feilenhauer gesucht ...

freier Wohnung in dauernde Stellung ...

Der Schiefer August Ruchel, Lit. A. ...

Metallarbeiter-Notizkalender 1909

Unentbehrliches Notiz- und Nachschlagebuch ...

Preis für Verbandsmitglieder bei Bezug durch die ...